

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die außerplanmäßige Auszahlung zur Errichtung von zwei Photovoltaikanlagen in Höhe von 150.000 € wird nach § 89 NGO genehmigt. Die Veranschlagung der Maßnahmen erfolgt in den Teilfinanzhaushalten 10 – Innerer Service und 12 – Schulen und Jugend. Deckung erfolgt durch den Teilfinanzhaushalt 11 – Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung.

RM Buß erklärt, dass dem Antrag der CDU-Fraktion, Photovoltaik auf Dächern stadteigener Gebäude zu installieren, in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses einstimmig zugestimmt wurde. Die SPD-Fraktion findet dies grundsätzlich gut, zumal sie und auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Jahre 2006 einen entsprechenden Antrag eingereicht hatten, dem nicht zugestimmt wurde. Die jetzige Lösung ist zwar so, wie seine Fraktion sie vor vier Jahren auch gefordert hat, aber nach den jetzigen Erkenntnissen handelt es sich um die zweitbeste Lösung. In diesem Zusammenhang weist er auf den Antrag SPD-Fraktion hin, die Schortenser Bürger im Rahmen einer Genossenschaft zu beteiligen, der leider keine Zustimmung fand. Dadurch wurden die Bürger aus Sicht seiner Fraktion um die Chance gebracht, für wenig Geld mit guten Renditen an eine ökologisch sinnvolle Energieerzeugung beteiligt zu sein. Auch wäre dadurch die Möglichkeit gegeben, in einer Genossenschaft private Dächer anzumieten und so die Stromerzeugung durch Photovoltaik auf breitere Beine zu stellen. Seine Fraktion wird dem Beschlussvorschlag dennoch zustimmen, weil es ihr wichtig ist, dass Schortens sich an der Erzeugung alternativer Energien beteiligt.

RM Schneider erklärt, dass die Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Die Linke die Beschlussempfehlung begrüßt. Ihre Fraktion hatte bereits im Dezember 2006 in einer Ratssitzung gefordert, Dachflächen mit Photovoltaik unter der Regie der Stadt Schortens zu installieren. Leider fand diese Forderung damals keine Zustimmung. Allerdings hätte ihre Gruppe es begrüßt, wenn die Gründung einer Photovoltaik-Genossenschaft in Schortens Zustimmung gefunden hätte, zumal ihre Gruppe diese bereits im Juli 2009 beantragt hatte. Die Gruppe wird der Beschlussempfehlung zustimmen.

RM Homfeldt erklärt, dass seine Fraktion die Installation von Photovoltaikanlagen aufgrund der Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beantragt hat, die sich vorteilhaft für die Stadt Schortens auswirkt. Zur Gründung einer Genossenschaft führt er aus, dass Voraussetzung für eine Beteiligung die Zahlung einer Einlage ist. Die CDU-Fraktion sieht es jedoch als viel sinnvoller an, die Photovoltaikanlagen durch die Stadt zu betreiben und die Gewinne über den kommunalen Ausgleich allen Einwohnerinnen und Einwohnern zugute kommen zu lassen und nicht nur denjenigen, die eine Einlage gezahlt haben. Aus diesen Gründen stimmt seine Fraktion der Gründung einer Genossenschaft nicht zu.

RM Köhn teilt mit, dass die UWG-Fraktion im Jahr 2006 der Installation von Photovoltaikanlagen nicht zugestimmt hat. Aufgrund der geänderten Konditionen wird sie nunmehr zustimmen. Zum Antrag auf Gründung einer Genossenschaft führt er aus, dass ein Anteil von 2.850 € nur von einem bestimmten Personenkreis gezahlt werden kann, was zur Folge hätte, dass lediglich die „Besserverdienenden“ davon profitieren können. Seine Fraktion möchte die Gewinne jedoch an alle Bürgerinnen und Bürger ausschütten.

RM Borkenstein erklärt, dass die Anlagen aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen preiswerter geworden sind, sich der Zuschuss durch die Bundesrepublik Deutschland jedoch verringert hat. Daher besteht im Vergleich zum Jahr 2006 kein Unterschied zu der Rendite, die erzielt werden kann. Durch die Gründung einer Genossenschaft mit einer Bürgerbeteiligung wäre seines Erachtens eine größere öffentliche Akzeptanz für regenerative, erneuerbare Energien in der Bevölkerung verbunden.

RM Schüder erklärt, dass der ökologische Landbau von Menschen forciert und vorangetrieben wird, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügen. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den ökologischen Landbau zunehmend auf weitere Ländereien auszuweiten und noch mehr Produkte dieser Art zu produzieren, wovon letztendlich viele profitieren. Für eine Entwicklung ist es aus ihrer Sicht erforderlich, Leute einzubinden, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügen.

RM Just teilt mit, dass die BfB-Fraktion wie bereits im Jahr 2006 einer Installation von Photovoltaikanlagen aufgrund der nach wie vor zu hohen Einspeisevergütung nicht zustimmen wird. Ergänzend führt er aus, dass es sich bei der Einspeisevergütung, die derzeit bei etwa 33 Cent liegt, nicht um einen Zuschuss von der Bundesregierung handelt, sondern diese letztendlich vom Verbraucher mit dem Strompreis gezahlt wird.

Anschließend erläutert er die Strompreisbildung, die er als unsozial bezeichnet. Er weist u. a. darauf hin, dass Wasserkraftstrom für eine Einspeisevergütung von unter 10 Cent angeboten wird. In einer solchen Größenordnung kann man seines Erachtens über die Einspeisung von regenerativen Energien sprechen. Alles was jedoch über 10 Cent liegt hält er für zu teuer und was über 30 Cent liegt bezeichnet er als jenseits von Gut und Böse und als volkswirtschaftlichen Unsinn. Die BfB-Fraktion wird ihre Zustimmung erst erteilen können, wenn die Einspeisevergütung auf unter 10 Cent gefallen ist.

RM Thiesing erklärt, dass die Module im Vergleich zum Jahr 2006 effizienter und erheblich billiger geworden sind. Auch der heutige Zinssatz ist günstiger. Die aktuelle Berechnung hat eine völlig andere Basis, so dass seine Fraktion der Installation jetzt positiv gegenübersteht. Bezug nehmend auf die Gründung einer Genossenschaft hält er es für sozialer, die Gewinne in den Haushalt einzubringen, damit alle Bürgerinnen und Bürger davon profitieren können.

Auf Nachfrage von RV Ratzel teilt Herr Retsch, der als Besucher anwesend ist, mit, dass er eine Frage zur Gründung einer Genossenschaft stellen wollte, die aufgrund der vorangegangenen Diskussion jedoch bereits beantwortet ist.

RV Ratzel teilt mit, dass zu diesem Thema ein Schreiben des Prof. Dr. Appel, Accum, vorliegt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.